

Israel erwirkt die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Georgia (erneut)

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Abby Martin: Willkommen bei The Empire Files, ich bin Abby Martin. Sollten Sie mit diesem Fall nicht vertraut sein, finden Sie in der Beschreibung die Links für weitere Informationen. Lange Rede, kurzer Sinn: Im Jahr 2020 wurde mir untersagt, an der Georgia Southern University eine Rede zu halten, weil Georgia einer von Dutzenden von Bundesstaaten im ganzen Land ist, in denen Anti-BDS- oder Boykott- Desinvestitions- und Sanktionsgesetze bezüglich Israel in Kraft sind. Ich wurde aufgefordert, einen Loyalitätseid gegenüber Israel zu unterzeichnen, in dem ich mich verpflichtete, die BDS-Bewegung weder zu unterstützen noch für sie einzutreten. Als überzeugte Verfechterin der palästinensischen Menschenrechte weigerte ich mich den Vertrag zu unterzeichnen. Stattdessen reichte ich Klage ein, um den Staat wegen Verletzung meiner Rechte gemäß dem Ersten Verfassungszusatz zu verklagen, in der Hoffnung, das Gesetz zu kippen. Nach einem weiteren brutalen israelischen Angriff auf den Gazastreifen entschied der Bundesbezirksrichter von Georgia, Mark Cohen, im Mai 2021 zu meinen Gunsten. Es war ein großer Sieg und ein weiterer Präzedenzfall, der durch Klagen gegen diese ungerechtfertigten Gesetze in anderen Bundesstaaten geschaffen wurde. Dies erzürnte natürlich die israelische Regierung, die sich in den sozialen Medien darüber empörte und versuchte, diesen Sieg rückgängig zu machen. Diese Gesetze wurden nicht auf Wunsch des amerikanischen Volkes erlassen, sondern auf Wunsch der israelischen Lobby. Aber nachdem ein Richter das Gesetz in Georgia als verfassungswidrig eingestuft hatte, arbeiteten israelische Beamte unverhohlen mit den Politikern Georgias zusammen, um eine Gesetzesänderung und nicht die Aufhebung des Gesetzes zu erwirken. Dies wird nicht einmal verheimlicht. Es ist wirklich verrückt. In der eigentlichen Gesetzgebungssitzung war ein israelischer Regierungsbeamter anwesend, wobei die Beamten der staatlichen Legislative sogar zugaben, dass dieser israelische Beamte derjenige war, der eine Gesetzesänderung forderte, und dass sie dieser Aufforderung nachkamen - ein schockierender Akt ausländischer Subversion. Das offene Auftreten von

Politikern in Georgia, die buchstäblich im Auftrag einer ausländischen Macht handeln, um die verfassungsmäßigen Rechte amerikanischer Bürger einzuschränken, verblüffte mich zutiefst. Wie vereinbart, legten Israel und die Gesetzgebung Georgias ein geändertes Gesetz vor, um meinen Fall zu beeinflussen. Am 27. Januar stimmten sie für eine Änderung des Gesetzes, gegen das ich geklagt hatte, wonach nur noch Einzelpersonen und Unternehmen mit einem Budget von über 100.000 Dollar den Loyalitätseid gegenüber Israel unterschreiben müssen. Diese antipalästinensische Pro-Apartheid-Änderung wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 146 Stimmen und nur neun Gegenstimmen angenommen. Ein Beweis dafür, wie stark der Einfluss der israelischen Lobby auf unsere Regierung ist. Eine Schande. Absolut beschämend. Diesen Politikern war die Entscheidung des Richters bereits bekannt, dass das Gesetz gegen die Verfassung verstößt, die zu schützen sie eigentlich geschworen haben. Aber das interessierte sie nicht. So abhängig sind diese Politiker von Geld und Macht. Sie sind Betrüger. Allerdings geht es um Folgendes. Das Gesetz bleibt nach wie vor verfassungswidrig. Im Bundesstaat Georgia ist es weiterhin nicht durchzusetzen. Niemand ist verpflichtet, dieses Pro-Israel-Gelöbnis zu unterschreiben, um für staatliche Aufträge unter 100.000 Euro zu arbeiten. Sollte sich jedoch eine Einzelperson oder ein Unternehmen mit Verträgen im Wert von mehr als 100.000 Dollar weigern, diese Verpflichtung zu unterzeichnen, wäre eine Bestrafung auf der Grundlage dieses Gesetzes nach wie vor verfassungswidrig. Mein Präzedenzfall hat also nach wie vor Gültigkeit. Das Einzige, was diese Abänderung des Gesetzes bewirkte, bestand in der Möglichkeit, diese Formulierung in den Gesetzbüchern zu belassen. Im Grunde ist es ein Propagandasieg, sodass Israel fälschlicherweise den Sieg meiner Klage für sich beanspruchen kann. Was bedeutet das nun? Während Israel-Befürworter zufrieden behaupten können, meine Klage sei irrelevant geworden, weil sie die Aufhebung des Gesetzes durch eine einfache Änderung verhindert haben, verlassen sie sich vollständig auf den Umstand, dass kein Unternehmen mit hohen Verträgen diesem Beispiel folgen und das Gesetz erneut anfechten wird. Auch wenn das Gesetz immer noch verfassungswidrig und damit nicht vollstreckbar ist, bleibt dessen Existenz weiterhin kriminell, und es hat eindeutig eine abschreckende Wirkung auf diejenigen, die sich gezwungen sehen, zwischen ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Ausübung einer Tätigkeit in Georgia zu wählen. Hier geht es nicht um mich. Es geht um uns alle und um die Leitprinzipien, die unser Land angeblich großartig machen, so sehr die Medienkonzerne und das politische Establishment auch über Zensur und Meinungsfreiheit klagen. Diese empörenden Gesetze, die in mehr als der Hälfte des Landes gelten, werden kaum diskutiert. Das Durchgreifen in Bezug auf Palästina, Solidarität und pro-palästinensische Äußerungen gehört heute zu den größten Bedrohungen für den ersten Verfassungszusatz, und diese Gesetze sind Teil der israelischen Strategie, friedliche Aktivitäten und Äußerungen zu kriminalisieren, die die Legitimität des Landes untergraben. Wann wird dieses Land angesichts dieses ungeheuerlichen Angriffs auf unsere bürgerlichen Freiheiten aufwachen? Wann werden sich die Amerikaner darüber empören, dass eine ausländische Regierung tatsächlich unsere verfassungsmäßigen Rechte aufhebt? Amnesty International ist die letzte etablierte Menschenrechtsorganisation, die Israel als Apartheidstaat bezeichnete, was ein weiterer schwerer Schlag für die israelische Propagandaschine war.

Lassen Sie uns also die Initiative zur Unterstützung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung fortsetzen. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass dieses Gesetz nicht nur in Georgia, sondern überall aus den Gesetzbüchern entfernt wird. Ich werde nicht aufgeben, das Gesetz in Georgia zu annullieren, und die nächsten rechtlichen Schritte in diese Richtung prüfen. Denn kein Staat oder Politiker kann den Zustrom von Gerechtigkeit für ein freies Palästina aufhalten.

ENDE